SPD-Fraktion im Rat der Stadt Sankt Augustin **SPD**

Ihr/e Gesprächspartner/in: Marc Knülle, Denis Waldästl, Gabriele Hoffmann

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, 10,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 15.11.2007
Drucksachen-Nr.: 07/0452

Beratungsfolge	**Sitzungstermin**	**Behandlung**
Jugendhilfeausschuss	11.12.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Politisches Jugendzentrum für Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt das Jugendzentrum Matchboxx in Sankt Augustin-Mülldorf in ein „Politisches Jugendzentrum“ wie im vorliegenden Konzept umzuwandeln. Gleichzeitig soll dieser Titel auch in den Namen des Jugendzentrums aufgenommen werden; „Matchboxx – das Politische Jugendzentrum“

Begründung:

An vielfältigen Punkten in unserer Gesellschaft wird immer wieder deutlich, dass im Bereich der politischen Bildung, vor allem der von Jugendlichen, mehr getan werden muss.
Ein Blick in die Schullandschaft zeigt deutlich, dass hier die neutrale politische Bildungsarbeit zu kurz greift. Die Pflichtstundentafel an Politikunterricht wird zwar erfüllt, aber darüber hinaus gibt es an den meisten Schulen kein derartiges Angebot. Gerade im Bereich der Oberstufe sollte politische Bildung eine wichtige Grundlage bilden. Leider muss festgestellt werden, dass das Fach Sozialwissenschaften nur an einem der beiden Sankt Augustiner Gymnasien belegt werden kann. Am Rhein – Sieg Gymnasium gibt es lediglich den Zusatzkurs in diesem Fach, der zur Abiturzulassung notwendig ist. Die Schule bleibt aber nicht der

einzige Ort, an dem politische Bildung geleistet werden kann/muss bzw. wo erkennbar wird, dass wir hier weiter in die Verantwortung rücken müssen.

Viele Jugendliche zeigen sich von Politik unbeeindruckt und sind uninformiert über die aktuellen politischen Debatten, egal auf welcher Ebene. Ebenso können nur wenige erklären, wie der Ablaufprozess der einzelnen Gremien in den Gliederungen unseres Staates gestaltet ist und welche die handelnden Personen sind. Hier gilt es nicht im Interesse jeder einzelner Partei, sondern vielmehr im Grundgedanken der Demokratie für mehr Bekanntheit der Organisationsabläufe und der Repräsentanten zu sorgen. Gleichzeitig aber müssen Jugendliche wieder mehr erfahren, was eigentlich Politik genau ist und dass sie schon hier vor Ort beim Fußballplatz anfängt.

Von einer generellen Politikverdrossenheit unter der heutigen Jugend zu sprechen wäre zu hart, denn sie ist nur nicht mehr in Parteien politisch aktiv, aber durchaus noch auf anderen Ebenen, wie Interessenvertretungen oder Jugendforen. Eins gilt es jedoch festzustellen; das Desinteresse an Politik nimmt zu und der Glaube daran, dass Politik etwas bewirken kann sinkt. Dieser Entwicklung gilt es entgegen zu wirken und auch dazu können und müssen wir als Stadt Sankt Augustin einen Beitrag leisten.
Politisches Desinteresse entsteht vor allem durch die Art und Weise wie Politik teilweise gemacht und von den Medien vermittelt wird, aber natürlich auch dadurch welche politischen Entscheidungen getroffen werden.
Mehr und bessere Information und Diskussion, mehr Konfrontation und Dialog mit den jungen Menschen vor Ort gilt hier als wichtige Basis, als wichtiger Bestandteil der aktiv angegangen werden muss.

Nicht zuletzt an den bisher aufgeführten Punkten spiegelt sich eines wieder: Jugendliche, auch in Westdeutschland, sind die Zielgruppe von rechten Parteien, Organisationen und Gruppen. Rechtes Gedankengut verbreitet sich nachgewiesener Weise vor allem dort, wo Jugendliche in scheinbare Perspektivlosigkeit geraten, ihnen Zukunftschancen fehlen und dies zum Teil nur weil ihnen der richtige Ansprechpartner fehlt, der sie an die Hand nimmt. Die rechte Szene zeigt immer mehr, dass sie junge Menschen als Zielgruppe sieht und versucht diese auf eine besondere Art und Weise zu gewinnen. Nicht zuletzt die NPD – Schulhof CD zeigt auf erschreckende Weise, wie über das Medium Musik versucht wurde und wird Jugendliche für rechtes Gedankengut zu begeistern und zu instrumentalisieren. Hier sind dringend pragmatische Präventivmaßnahmen notwendig, die mit kleinem Aufwand zu einem großen Erfolg führen können.

Zielsetzung:

Dem gesamten Konzept des „Politischen Jugendzentrums“ liegt ein Oberziel zu Grunde: die Demokratie stärken, indem man den jungen Menschen zu vermittelt, welche wichtige Rolle die Demokratie für unsere Gesellschaft spielt. Letztendlich muss man deutlich machen: Demokratie muss man lernen, vor allem aber auch leben. Hierzu müssen Jugendliche die Chance erhalten.
Ein weiteres Ziel ist daher die politische und demokratische Willensbildung in allen gesellschaftlichen Strukturen. Hieran schließt sich die Forderung nach Chancengleichheit in politischer Bildung unabhängig von schulischer Vorbildung an. Es soll erreicht werden, dass alle Jugendliche, egal welche Schullaufbahn sie einschlagen, auch im außerschulischen Bereich in ihrer Freizeit politische Bildung erfahren können, aber auch erfahren sollen. Das „Politische Jugendzentrum“ bietet allen einen Zugang zu den Informationen die sie wollen, sollen und benötigen, unabhängig davon aus welcher soziokulturellen Umgebung sie

stammen.
Ein drittes Ziel ist die Ausweitung des jugendlichen Engagements in den politischen Bereich und hiermit ist ausdrücklich nicht nur Engagement in Parteien, sondern auch in anderer Art und Weise gemeint. Als Beispiel wären hier das Kinder- und Jugendparlament, die Schülervertretungen, die Gewerkschaften usw. zu nennen, die alle eine politische Bedeutung haben und auch politisch handeln. Die heutige Jugendgeneration steckt voller Tatendrang und ist an zahlreichen Stellen vielfältig gesellschaftlich und ehrenamtlich engagiert. Die Beispiele für dieses umfangreiche und lobenswerte Engagement lassen sich an jeder Ecke finden. Unsere Aufgabe muss es sein diesen Einsatz zu nutzen und auch in den politischen Bereich zu übertragen. Allen Verantwortungsträgern muss klar sein, dass auch sie eines Nachfolgers bedürfen, also muss jetzt gehandelt werden um Jugend für Politik zu begeistern und jungen Menschen auch eine Chance zu geben. Die politische Bildung ist hierfür das erste und wichtigste Ziel, damit Jugendliche noch mehr als bisher begreifen welche Bedeutung Politik und Demokratie auch für ihre Generation haben.

Umsetzung/ Konzept:

Die Grundlage für das „Politische Jugendzentrum“ bildet ein bereits bestehendes und bei den Kindern und Jugendlichen fest verankertes Jugendzentrum (JuZ). Hierbei soll dieses auch weiterhin als zentraler Anlaufpunkt für die Jugendlichen dienen und Freizeitangebote in gewohnter Form zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass man überprüft wie bekannt das JuZ ist und dessen Bekanntheitsgrad ausweitet.
Das Freizeitangebot soll dann durch neutrale politische Bildungsarbeit und neutrale Bildungsangebote ergänzt werden und dadurch die Einrichtung dann zum „Politischen Jugendzentrum“ werden.

Die Geschicke einer solchen Bildungsarbeit wollen auch geleitet und organisiert werden. Hierfür tragen dann die so genannten Demokratiescouts die Verantwortung. Diese Demokratiescouts setzen sich in erster Linie aus den Mitarbeitern der Jugendeinrichtungen, aber auch aus aktiven Jugendlichen bspw. aus Schülervertretungen, oder auch Eltern/Lehren zusammen. Hierbei sollte dann ein aktives Team von 3 – 6 Personen entstehen, die als Gruppe zu Demokratiescouts ausgebildet werden. Für diese Ausbildung muss nicht viel Geld in die Hand genommen werden, lediglich regelmäßige Methoden-/ Zeit-/ Veranstaltungsmanagementseminare sollten Bestandteil dieser Ausbildung sein. Ansonsten besteht die „Ausbildung“ mehr darin, dass sich jeder Demokratiescout fachlich auf bestimmte Bereiche spezialisiert und dazu ggf. auch Veranstaltungen besucht um sich selber zu informieren. Die Aufgabe der Demokratiescouts soll vor allem die Organisation der Bildungsarbeit vor Ort sein. Hierzu zählt dann, dass diese den Jugendlichen als Ansprechpartner zu Fragen in politischen Themen zur Verfügung stehen, dass sie Tagesveranstaltung oder Seminare für Jugendliche organisieren und sich stets um aktuelles neutrales politisches Informationsmaterial bemühen.

Kommen wir nun zum wichtigstem, dem was das „Politische Jugendzentrum“ für Angebote bieten soll. Zum einen soll Platz geschaffen werden für neutrales politisches Informationsmaterial, das regelmäßig und aktuell ausgelegt werden soll. Hierbei sind vor allem die Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung NRW zu empfehlen, ebenso auch die internen Informationszeitschriften aus den Parlamenten, welche neutral die wichtigsten Entwicklungen auf der jeweiligen Ebene zusammenfassen. Die Demokratiescouts sollen hier den Jugendlichen natürlich als Ansprechpartner bei Fragen zur Verfügung stehen und Jugendliche bewusst auf das Infomaterial aufmerksam machen und Gespräche suchen.

In regelmäßigen Abständen sollen Planspiele veranstaltet und organisiert werden. Hierzu bieten sich beispielsweise die Abläufe von Kommunalpolitik, sowie die des Landtages und Bundestages an, in denen Jugendliche dann fiktiv eine Rolle nachspielen. Diese Art der politischen Bildungsarbeit dient vor allem dazu Politik und Demokratie greifbar und begreifbar zumachen.

Weiterhin sollen Workshops zu verschiedenen Themen und Methoden ein fester Bestandteil des Jugendzentrums werden. Hier kommt es besonders auf das Interesse der Jugendlichen an zu welchen Themen bevorzugt Workshops organisiert werden sollen. Ebenso sind Veranstaltungen zu verschiedenen Methoden, wie beispielsweise der Rhetorik denkbar.

Als letzter und mit wichtigster Punkt ist die regelmäßige Diskussion zu nennen, das heißt dass an einem festen Tag zu einer bestimmten Uhrzeit den Jugendlichen ein Ansprechpartner / eine Ansprechpartnerin zur Verfügung steht. Hiermit sind nicht die Demokratiescouts gemeint. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollen sich den Jugendlichen zu Gesprächen über ihre Anliegen bereitstellen. Eine durchaus machbare Aufgabe bei 50 Ratsmitgliedern, rund 30 sachkundigen Bürgern / Bürgerinnen und verschiedensten anderen Funktionären, bei 52 Wochen im Jahr. Ebenso gilt dies für Personen des öffentlichen Lebens und Unternehmer, die bewusst von Demokratiescouts angesprochen werden sollen. Hieraus resultiert aktive Partizipation von Jugendlichen.

Dies sind alles Punkte, die fester Bestandteil des neuen „Politischen Jugendzentrums“ werden sollen. Zu der Umsetzung sind einige Faktoren notwendig:
- Die Bereitschaft von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, Funktionären der Parteien und ihrer Jugendorganisationen, Mitarbeitern der Verwaltung und Personen des öffentlichen Lebens sich den Jugendlichen zu Diskussionen zur Verfügung zu stellen.
- Zusammenarbeit wird den Bildungsträgern aus der Region, den politischen Stiftungen jeglicher Couleur, die alle unweit von Sankt Augustin ihren Sitz haben, sowie dem Politischen Arbeitskreis Schulen in Bonn, der FH Bonn/Rhein Sieg, der Volkshochschule und weiteren Bildungsträgern.
- Die Stadt stellt die Räumlichkeiten in den Jugendzentren zur Verfügung und bringt ihr Know-How ein. Für die notwendige Beschaffung des Informationsmaterials und die Veranstaltungen stellt die Stadt die finanziellen Mittel bereit.

Ein Politisches Jugendzentrum in Sankt Augustin bedeutet einen Schritt zu mehr Demokratie und mehr politischer Bildung für unsere Jugendlichen.
Alles getreu dem Motto „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt).

D. Waldästl

Denis Waldästl

Marc Knülle

Gabriele Hoffmann